

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	5
Abkürzungsverzeichnis	17
1. Der Vermieter als Kleinunternehmer	21
1.1. Die Besteuerung des Kleinunternehmers nach § 19 UStG	21
1.2. Überschreiten der Grenzwerte des § 19 Abs. 1 UStG	22
1.3. Rechnungserteilung nach Eintritt der Regelbesteuerung	24
1.4. Besteuerung des Kleinunternehmers bei schwankenden Umsätzen ..	25
1.5. Option zur allgemeinen Umsatzsteuerpflicht gem. § 19 Abs. 2 UStG ..	25
1.6. Notwendigkeit einer Doppeloption gem. § 19 Abs. 2 i. V. m. § 9 Abs. 2 UStG	29
2. Steuerfreie und steuerpflichtige Vermietungsleistungen	31
2.1. Grundzüge der Behandlung von Vermietungsleistungen im Sinne des § 4 Nr. 12 UStG	31
2.2. Zu den wesentlichen Voraussetzungen steuerfreier Vermietung gem. § 4 Nr. 12 UStG	32
2.2.1. Das Grundstück als maßgebendes Tatbestandsmerkmal des § 4 Nr. 12 UStG	32
2.2.2. „Berechtigungen, für die die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grunstücke gelten“	35
2.2.3. Dauer der Nutzungs- und Gebrauchsüberlassung	35
2.2.4. Steuerbare Gegenleistung der Immobilienüberlassung	36
2.2.5. Umsatzsteuerliche Behandlung von Nebenleistungen	39
2.3. Detailfragen zu Vermietungsumsätze im Lichte der Rechtsprechung	41
2.3.1. Sportanlagen	41
2.3.2. Auslegung von Vertragsabreden bei der Vermietung von Gebäuden	42
2.3.3. Kurzfristige Beherbergungsleistungen	42
2.3.4. Vermietung von Plätzen für das Abstellen von Fahrzeugen ..	42
2.3.5. Behandlung gemischter Verträge	46
2.3.6. Verträge besonderer Art	47
2.3.7. Vermietung von Betriebsvorrichtungen	49
2.4. Einräumung dinglicher Nutzungsrechte	50
2.5. Beendigung gemeinschaftlicher Mietverhältnisse durch Abstands- zahlungen	51
2.6. Eintritt in bestehende Mietverhältnisse unter Übernahme vorhandener Sonderausstattung	54

3. Option zur Steuerpflicht gem. § 9 UStG	59
3.1. Option zur Steuerpflicht bei Vermietungsleistungen	59
3.1.1. Voraussetzungen der Option nach § 9 Abs. 1 UStG	59
3.1.1.1. Grundzüge der gesetzlichen Regelung.	59
3.1.1.2. Teilweise Verwendung für nichtunternehmerische Zwecke	60
3.1.1.3. Teilbarkeit der Vermietungsleistung bei räumlicher oder zeitlicher Trennung der unterschiedlichen Nutzungen	62
3.1.2. Einschränkung der Option gem. § 9 Abs. 2 UStG	63
3.1.2.1. Vermeidung des Optionsausschlusses	63
3.1.2.2. Das Veranlagungsjahrprinzip als Risiko für eine wirksame Option	65
3.1.2.3. Option bei Einschaltung eines Zwischenmieters	66
3.1.2.3.1. Getrennte Prüfung der Option auf jeder Leistungsstufe	66
3.1.2.3.2. Bedeutung des sog. Veranlagungsjahrprinzips	68
3.1.2.3.3. Kritik am Veranlagungsjahrprinzip	69
3.1.2.3.4. Weitere Einzelfälle zur Zwischenvermietung	70
3.1.2.4. Behandlung gemischt genutzter Immobilien	73
3.1.2.4.1. Grundsätze zur Option bei gemischt genutzten Immobilien	73
3.1.2.4.2. Gemischte Verwendung für unternehmerische und nichtunternehmerische Zwecke	74
3.1.2.4.3. Gemischte Verwendung für steuerpflichtige sowie steuerfreie Zwecke	77
3.1.2.5. Mischnutzung der Immobilie durch den Leistungsempfänger (Bagatellgrenze 5 %)	80
3.1.2.5.1. Mischnutzung des gesamten Mietobjekts	80
3.1.2.5.2. Mischnutzung einzelner Räume als Optionsrisiko	82
3.1.2.6. Option zur Steuerpflicht nach § 9 Abs. 2 UStG – Zusammenfassung	85
3.1.3. Nachweis der Nutzung durch den Mieter	86
3.1.4. Einseitige Rückgängigmachung der Option durch den Vermieter	89
3.1.5. Option zur Steuerpflicht bei Alt-Objekten	92
3.1.5.1. Zum zeitlichen Anwendungsbereich des § 9 Abs. 2 UStG a.F.	92
3.1.5.2. Behandlung späterer Baumaßnahmen an Alt-Objekten	93
3.1.5.2.1. Bedeutung des § 27 Abs. 2 UStG für die Option zur Steuerpflicht	95
3.1.5.2.2. Die optionsschädlichen Baumaßnahmen im Sinne des § 27 Abs. 2 UStG	95
3.1.5.2.3. Rechtsfolgen rechtzeitiger oder verspäteter Option	99
3.1.5.2.4. Kann rückwirkend optiert werden?	101
3.1.5.2.5. Vollzug der Option	102

Inhaltsverzeichnis

3.1.6.	Die zeitlichen Grenzen der Option	103
3.1.6.1.	Zur früheren Verwaltungsauffassung	103
3.1.6.2.	Aufgabe der früheren Verwaltungsauffassung	103
3.1.6.3.	Bedenken gegen die geänderte Verwaltungsauffassung	105
3.1.6.4.	Praktische Bedeutung der geänderten Verwaltungsauffassung	106
3.1.6.4.1.	Rechtsirrtümlich unterstellte Geschäftsveräußerung	106
3.1.6.4.2.	Die unterlassene Option im Organkreis	109
3.1.6.5.	Zeitliche Grenzen der Option nach der Rechtsprechung des BFH	111
3.1.7.	Option bei Vermietung an eine Miteigentümergemeinschaft	114
3.1.8.	Verfahrensrechtliche Hinweise zur Option sowie Folgen der Rückgängigmachung des Verzichts	115
3.1.8.1.	Form der Optionsausübung und verfahrensrechtliche Folgen der Option	115
3.1.8.2.	Rückgängigmachung des Verzichts auf Steuerbefreiung	117
3.1.8.3.	Praktische Bedeutung der Rückkehr zur Steuerbefreiung	119
3.2.	Übertragung von Immobilien als Geschäftsveräußerung oder Grundstückslieferung	121
3.2.1.	Die Übertragung von Grundstücken als Geschäftsveräußerung	121
3.2.1.1.	Merkmale der Geschäftsveräußerung im Sinne des § 1 Abs. 1a UStG	123
3.2.1.2.	Unternehmensfortführung durch den Erwerber	129
3.2.1.3.	Unternehmensfortführung bei Immobilien	131
3.2.1.3.1.	Übertragung des Volleigentums an Immobilien	131
3.2.1.3.2.	Übertragung des Miteigentums an Immobilien im Grenzbereich von Geschäftsveräußerung, steuerfreier Lieferung sowie unentgeltlicher Wertabgabe	135
3.2.2.	Einbringung vermieteter Immobilien in das Gesamthandsvermögen einer Personengesellschaft	142
3.2.2.1.	Behandlung der unentgeltlichen Immobilieneinbringung in eine GmbH & Co. KG als umsatzsteuerbare Lieferung	143
3.2.2.1.1.	Rechtsfolgen für den einbringenden Gesellschafter	143
3.2.2.1.2.	Rechtsfolgen für die übernehmende GmbH & Co. KG	144
3.2.3.	Identität zwischen bisheriger und künftiger Immobiliennutzung	145
3.2.4.	Fehlende oder nur teilweise Übernahme bestehender Pachtverträge	145
3.2.5.	Übertragung von Rohbauten sowie (teilweise) leerstehende Immobilien	147
3.2.6.	Übertragung von Miteigentumsanteilen als Geschäftsveräußerung	149

Inhaltsverzeichnis

3.2.6.1. Behandlung vermieteter Immobilien	149
3.2.6.2. Behandlung gemischt-genutzter Immobilien	150
3.2.7. Keine Notwendigkeit der Übertragung eines lebenden Unternehmens	152
3.2.8. Sonderfälle der Geschäftsveräußerung	154
3.2.8.1. Immobilienübertragung bei Betriebsaufspaltung	154
3.2.8.2. Immobilienübertragung bei Organschaft	155
3.2.9. Behandlung des Nießbrauchs an Immobilien	156
3.2.9.1. Immobilienübertragung unter Nießbrauchsvorbehalt	156
3.2.9.1.1. Keine Grundstückslieferung mangels Verschaffung der Verfügungsmacht	156
3.2.9.1.2. Späterer Wegfall des Vorbehaltsnießbrauchs als Lieferumsatz	158
3.2.9.2. Bestellung eines Zuwendungsnießbrauchs	162
3.2.9.2.1. Nießbrauchbestellung als Entnahmetatbestand	162
3.2.9.2.2. Der Zuwendungsnießbrauch im Grenzbereich zur Geschäftsveräußerung	163
3.2.10. Unentgeltliche Übertragung von Immobilien	165
3.2.11. Geschäftsveräußerungen bei Immobilien im Überblick	166
3.2.12. Rechtsfolgen der Geschäftsveräußerung nach § 1 Abs. 1a UStG	167
3.3. Die irrtümlich nicht erkannte Geschäftsveräußerung	171
3.3.1. Umsatzsteuerpflichtige Nutzung durch den Veräußerer	171
3.3.1.1. Umsatzsteuerpflichtige Weiterveräußerung durch den Käufer	172
3.3.1.2. Umsatzsteuerfreie Weiterveräußerung durch den Käufer	174
3.3.2. Umsatzsteuerfreie Nutzung durch den Verkäufer	174
3.3.2.1. Rechtsirrtümliche Behandlung als umsatzsteuerfreie Veräußerung	175
3.3.2.2. Rechtsirrtümliche Behandlung als umsatzsteuerpflichtige Veräußerung	175
3.3.2.3. Entdeckung des Rechtsirrtums erst nach Verjährungseintritt	176
3.4. Irrtümlich unterstellte Geschäftsveräußerung anstelle einer Grundstückslieferung	179
3.4.1. Umsatzsteuerpflichtige Nutzung durch den Verkäufer	179
3.4.2. Nachträgliche Option als Ausweichgestaltung	181
3.4.3. Verfahrensrechtliche Hinweise zur Option gem. § 9 Abs. 1 und 3 UStG	181
3.5. Behandlung unentgeltlicher Geschäftsveräußerungen im Grenzbereich zu Grundstückslieferungen	183
3.6. Bedeutung einer Verkäufergarantie	184

Inhaltsverzeichnis

3.7. Zusammenfassung der Rechtsfolgen und Risiken rechtsirrtümlicher Behandlung als Lieferung oder Geschäftsveräußerung	184
3.8. Empfehlungen zur Behandlung von Grundstücksübertragungen im Grenzbereich der Geschäftsveräußerung	187
3.8.1. Empfehlungen aus Sicht des Veräußerers	187
3.8.2. Empfehlungen aus Sicht des Käufers	188
3.8.3. Verfahrensrechtliche Hinweise zur Option gem. § 9 Abs. 1 UStG	190
3.8.3.1. Zur Entwicklung der Verwaltungsauffassung	190
3.8.3.2. Risikovermeidung durch vorsorgliche Option	191
3.9. Die steuerfreie oder steuerpflichtige Grundstückslieferung.	194
3.9.1. Zum Umfang steuerfreier Grundstückslieferung nach § 4 Nr. 9a UStG	194
3.9.2. Verzicht auf die Steuerbefreiung nach § 9 Abs. 1 UStG	195
3.10. Umsatzsteuerliche Behandlung von Notarleistungen	202
3.10.1. Notarielle Leistungen ohne Grundstücksbezug	202
3.10.2. Notarielle Leistungen mit Grundstücksbezug	204
3.11. Gestaltungsmisbräuchliche Option.	205
3.12. Option zur Umsatzsteuer und Zivilrecht	208
3.13. Vermietungsleistungen mit Auslandsbezug	209
3.14. Leistungsort in Zusammenhang mit einem Grundstück	211
3.15. Die Behandlung der Immobilie im Erbfall.	213
3.16. Ertragsteuerliche Auswirkung wirksamer sowie unwirksamer Option (§ 9b EStG)	217
3.16.1. Behandlung der Vorsteuer bei wirksamer Option nach § 9 UStG	217
3.16.2. Behandlung der Vorsteuer bei unwirksamer Option nach § 9 UStG	221
4. Vorsteuerabzug bei Herstellung, Anschaffung sowie laufender Unterhaltung von Immobilien	225
4.1. Allgemeine Voraussetzungen des Vorsteuerabzugs	225
4.1.1. Die formellen Abzugsvoraussetzungen des Vorsteuerabzuges	225
4.1.2. Vorübergehende nichtunternehmerische Nutzung im Anschaffungsjahr	227
4.1.3. Vorsteuerabzug bei gescheiterter Unternehmensgründung .	227
4.1.4. Bedeutung von Nutzungsumfang und Zuordnungsentscheidung für den Vorsteuerabzug	228
4.2. Die Zuordnungsentscheidung des Unternehmers bei einheitlichen Gegenständen	230
4.2.1. Zur Bandbreite potentiell möglicher Zuordnungsentscheidungen	230

Inhaltsverzeichnis

4.2.2.	Maßgeblichkeit beabsichtigter Verwendung für die Zuordnungsentscheidung	233
4.2.3.	Unzulässigkeit einer Zuordnungsentscheidung	234
4.2.4.	Bedeutung der 10%-Grenze für die Zuordnungs- entscheidung und Ermittlung der 10%-Grenze	234
4.2.5.	Form der Zuordnungsentscheidung	235
4.2.6.	Zeitpunkt der Zuordnungsentscheidung	238
4.2.6.1.	Der 31. Mai des Folgejahres als letztmöglicher Zeitpunkt .	238
4.2.6.2.	Zeitliche Grenzen beim Kleinunternehmer	239
4.2.6.3.	Übergangsregelung zum Zeitpunkt der Zuordnungs- entscheidung	240
4.2.7.	Zuordnungsentscheidung bei mehrjährigen Herstellungs- vorgängen	240
4.2.8.	Eigenständige Zuordnung nachträglicher Herstellungskosten	244
4.2.8.1.	Die frühere These vom „unselbständigen“ Gebäudeteil .	245
4.2.8.2.	Behandlung nachträglicher Herstellungskosten	246
4.2.8.2.1.	Nachträgliche Herstellungskosten als eigenständiges Zuordnungsobjekt	246
4.2.8.2.2.	Nachträgliche Herstellungskosten und spätere Veräußerung der Immobilie	249
4.2.9.	Zuordnungsentscheidung bei Erhaltungsaufwendungen .	250
4.2.10.	Spätere Baumaßnahmen im gemischt-genutzten Gebäude als eigenständiges Zuordnungsobjekt	252
4.2.11.	Behandlung von Photovoltaikanlagen	254
4.2.12.	Fehlende Voraussetzungen des Vorsteuerabzugs bei gemischt-genutzten Immobilien im Erwerbsjahr . .	255
4.2.12.1.	Kein Vorsteuerabzug aufgrund steuerfreier Vermietung .	255
4.2.12.2.	Kein Vorsteuerabzug aufgrund steuerfreier Immobilien- lieferung	259
4.2.13.	Rechtsfolgen der Zuordnungsentscheidung	260
4.2.14.	Änderung der Zuordnungsentscheidung	267
4.2.15.	Zuordnungsentscheidung in Miteigentumsfällen	269
4.2.15.1.	Anteilsbezogenes Zuordnungswahlrecht des unter- nehmerisch tätigen Miteigentümers	269
4.2.15.2.	Behandlung des bislang nichtunternehmerisch tätigen Miteigentümers	270
4.2.16.	Bedeutung der Zuordnungsentscheidung im Veräußerungsfall	272
4.2.17.	Keine Zuordnung bei nichtwirtschaftlicher Tätigkeit im engeren Sinn	274
4.3.	Zur Bedeutung der Verwendungsabsicht für den Vorsteuerabzug	275
4.3.1.	Rechtsentwicklung der Bedeutung der Verwendungsabsicht	275

Inhaltsverzeichnis

4.3.2.	Verwendungsabsicht vor und im Veranlagungszeitraum tatsächlichen Nutzungsbeginns	278
4.3.2.1.	Vorsteuerabzug für Leistungsbezüge vor dem Veranlagungszeitraum tatsächlicher Verwendung	278
4.3.2.2.	Vorsteuerabzug für Leistungsbezüge im Veranlagungszeitraum tatsächlicher Verwendung	282
4.3.2.3.	Kritik an der Verwendungsabsicht als einziges Kriterium des Vorsteuerabzuges	284
4.3.2.4.	Weitere Einzelfragen zur Verwendungsabsicht	285
4.3.2.5.	Nachweis der Verwendungsabsicht von Eingangsleistungen	289
4.3.2.6.	Zusammenfassende Übersicht zur Bedeutung der Verwendungsabsicht	295
4.4.	Vorsteuerabzug bei gemischt-genutzten Grundstücken	296
4.4.1.	Einführung in die Fallgruppen gemischter Verwendung ..	296
4.4.2.	Die bisherige Rechtsauffassung der Finanzverwaltung ..	296
4.4.3.	Die abweichende Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes	298
4.4.4.	Übernahme der BFH-Rechtsprechung durch die Finanzverwaltung	301
4.4.4.1.	Nutzfläche als Regelaufteilungsmaßstab	301
4.4.4.2.	Nachträgliche Baumaßnahmen	302
4.4.4.3.	Praktische Bedeutung der geänderten Verwaltungsauffassung	304
4.4.5.	Bedeutung getrennter Bauabschnitte für den Vorsteuerabzug	307
4.4.5.1.	Behandlung des Vorsteuerabzugs für den betreffenden Bauabschnitt	307
4.4.5.2.	Bedeutung nachträglicher Baumaßnahmen für den Vorsteuerabzug der „Alt“-Substanz	310
4.4.6.	Willkürfreier sachgerechter Aufteilungsschlüssel	313
4.4.7.	Ertragswert und Ausgangsumsatz als weitere Aufteilungsmaßstäbe	315
4.4.7.1.	Aufteilung nach dem Ertragswert	315
4.4.7.2.	Flächenschlüssel kontra Umsatzschlüssel	316
4.4.7.2.1.	Anwendung des Flächenschlüssels als Regelfall	317
4.4.7.2.2.	Objektbezogener Umsatzschlüssel als präzisere Aufteilungsmethode?	320
4.4.7.2.3.	EuGH-Vorlage zum Vorsteuerabzug bei gemischt genutzten Immobilien	324
4.4.7.3.	Bindung an den einmal gewählten Aufteilungsmaßstab	326
4.5.	Vorsteuerabzug bei Miteigentumsgemeinschaften	327
4.5.1.	Vorsteuerabzug bei nichtunternehmerischen Miteigentumsgemeinschaften	327

Inhaltsverzeichnis

4.5.1.1.	Vorsteuerabzug in Höhe der Miteigentumsquote nach der Rechtsprechung des EuGH	328
4.5.1.2.	Umsetzung der EuGH-Rechtsprechung durch die Finanz- verwaltung	331
4.5.1.3.	Gestaltungen zur Vermeidung umsatzsteuerlicher Nachteile	334
4.5.1.4.	Durchführung von Baumaßnahmen nur durch einen Miteigentümer	336
4.5.1.5.	Nutzungsüberlassung an personenidentische Personen- gesellschaft	338
4.5.2.	Vorsteuerabzug bei unternehmerischen Miteigentums- gemeinschaften	340
4.6.	Vorsteuerabzug für eigengenutzten Wohnraum	342
4.6.1.	Zur Rechtsentwicklung	342
4.6.2	Bewertung der unentgeltlichen Wertgabe eigengenutzten Wohnraums	344
4.6.3.	Änderung der Rechtslage durch das Jahressteuergesetz 2010	345
4.6.3.1.	Wegfall des Vorsteuerabzugs	345
4.6.3.2.	Besonderheiten beim Erwerb teilweise eigengenutzter Immobilien	346
4.6.3.3.	Zeitliche Anwendung der Neuregelung	352
4.6.3.4.	Erfordernis der Zuordnung zum Unternehmen	353
4.6.3.5.	Veräußerung oder „Entnahme“ des nicht unternehme- rischen Zwecken dienenden Gebäudeteils	354
4.6.3.6.	Alte und neue umsatzsteuerliche Rechtslage im Vergleich .	355
4.6.3.7.	Erneute Änderung durch das AIFM-Steueranpassungs- gesetz vom 18.12.2013	357
4.6.3.8.	Bedeutung der Gesetzesänderung in Fällen steuerpflichtiger Grundstücksveräußerung	358
4.7.	Vorsteuerabzug in Verbindung mit Grundstücksveräußerungen	359
5.	Umsatzsteuerneutrale Entnahme der Immobilie	361
5.1.	Zur bisherigen Verwaltungsauffassung	361
5.2.	Änderung der Verwaltungsauffassung durch BMF-Schreiben vom 22.9.2008	361
5.3.	Übertragung von Immobilien auf nahe Angehörige	365
5.3.1.	Unentgeltliche Übertragung des gesamten Grundstücks .	366
5.3.2.	Unentgeltliche und entgeltliche Übertragung eines Miteigentumsanteils	367
6.	Die Berichtigung des Vorsteuerabzuges gem. § 15a UStG	369
6.1.	Gegenstand der Vorsteuerkorrektur	369
6.2.	Aufzeichnungspflichten in Zusammenhang mit § 15a UStG .	370
6.3.	Änderung der für den Vorsteuerabzug maßgebenden Verhältnisse	370

Inhaltsverzeichnis

6.3.1.	Überblick zur Änderung der maßgebenden Verhältnisse	370
6.3.2.	Bestimmung des Änderungsvolumens	373
6.3.3.	Wechsel zwischen unternehmerischer und nichtunternehmerischer Verwendung (§ 15a Abs. 6a UStG)	375
6.4.	Zum Verlauf des Korrekturzeitraums	376
6.4.1.	Beginn des Korrekturzeitraumes ab dem Zeitpunkt erstmaliger Verwendung	376
6.4.2.	Ende des Korrekturzeitraumes	378
6.5.	Das Berichtigungsverfahren des § 15a Abs. 1 UStG	379
6.6.	Verbindung der Immobilie mit anderen Wirtschaftsgütern und sonstigen Leistungen sowie Behandlung nachträglicher Anschaffungs- oder Herstellungskosten	383
6.7.	Berichtigung bei nur einmalig verwendeten Wirtschaftsgütern	388
6.8.	Nicht an einem Gegenstand ausgeführte sonstige Leistungen	391
6.9.	Vereinfachungen bei der Berichtigung des Vorsteuerabzugs	392
6.10.	Die Technik des Berichtigungsverfahrens	394
6.11.	Überwachung der Vorsteuerberichtigung durch die Finanzverwaltung	398
7.	Die ordnungsmäßige Rechnung als Voraussetzung des Vorsteuerabzuges	401
7.1.	Zur Ausstellung von Rechnungen	401
7.2.	Verpflichtung zur Rechnungsausstellung und Pflichtangaben in der Rechnung	404
7.3.	Berichtigung von Rechnungen	410
7.4.	Rechnungen über Kleinbeträge	411
7.5.	Fahrausweise als Rechnungen	412
7.6.	Aufbewahrung von Rechnungen	412
7.7.	Unrichtiger oder unberechtigter Steuerausweis	413
7.7.1.	Der unrichtige Steuerausweis	413
7.7.2.	Der unberechtigte Steuerausweis	417
7.8.	Die ordnungsgemäße Rechnung als Voraussetzung für den Vorsteuerabzug	419
7.9.	Weitere Hinweise zur Rechnungserteilung und -berichtigung	421
7.9.1.	Die Berichtigung von Rechnungen	421
7.9.2.	Zur Angabe des Leistungszeitpunktes in der Rechnung	423
7.9.3	Der Name des Leistungsempfängers als Rechnungsbestandteil	424
7.9.4.	Ausstellung von Rechnungen mit gesondertem Steuerausweis nach Ablauf der Festsetzungsfrist	425
7.10.	Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs aus berichtigten Rechnungen	428
7.11.	Schadenersatzanspruch bei unberechtigtem Umsatzsteuerausweis	429

Inhaltsverzeichnis

8. Die Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers	431
8.1. Werklieferungen und sonstige Leistungen eines im Ausland ansässigen Unternehmers (§ 13b Abs. 2 Nr. 1 UStG)	431
8.2. Umsatzsteuerliche Behandlung von Grundstückslieferungen	435
8.2.1. Der Leistungsempfänger als Steuerschuldner	436
8.2.2. Rechtsfolgen der Steuerschuldnerschaft des Leistungs- empfängers	440
8.2.3. Unter das Grunderwerbsteuergesetz fallende Umsätze	442
8.2.4. Behandlung von Grundstückslieferungen bei nachträglicher Option zur Steuerpflicht	443
8.2.5. Bedeutung für die Grunderwerbsteuer	445
8.2.6. Übersicht zur Anwendung des § 13b Abs. 2 Nr. 3 UStG	445
8.3. Besteuerung von Bauleistungen gem. § 13b Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 UStG	447
8.3.1 Der Leistungsempfänger als Steuerschuldner	447
8.3.2. Rechtsfolgen der Steuerschuldnerschaft des Leistungs- empfängers	448
8.3.3. Steuerschuldnerschaft bei Bauleistungen	449
8.3.4. Vermutung der Erbringung von Bauleistungen	450
8.3.5. Zusammenhang zwischen Eingangs- und Ausgangs- umsätzen ?	451
8.3.6. Der Bauträger als Steuerschuldner	452
8.3.6.1. Zur Entwicklung der Verwaltungsauffassung	452
8.3.6.2. Ablehnung der Verwaltungsauffassung durch das BFH-Urteil vom 22.8.2013	455
8.3.6.3. Reaktion der Finanzverwaltung auf das BFH-Urteil vom 22.8.2013	457
8.3.6.4. Geplante Änderung der Besteuerung von Bauleistungen	458
8.3.7. Fehlerhafte Behandlung der Bauleistung in der Rechnung	459
8.3.8. Die Wohnungseigentümergemeinschaft (WEG) ist kein Steuerschuldner im Sinne des § 13b Abs. 2 Nr. 4 UStG	460
8.3.9. Nichtunternehmerische Gemeinschaften als Leistungs- empfänger von Bauleistungen	462
Literaturverzeichnis	465
Stichwortverzeichnis	469